Drucksachen-Nr. BV/120/2018	Datum 20.06.2018	
---------------------------------------	---------------------	--

Zuständiges Dezernat/Amt: Dezernat II / Jugendamt

Beschlussvorlage

öffentliche Sitzung

Beratungsfolge	Datum	Stimmenverhältnis				Lt. Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss (s. beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein	Stimmenenthaltung	Ein-stimmig		
Jugendhilfeausschuss	04.09.2018						
Kreisausschuss	18.09.2018						
Kreistag Uckermark	26.09.2018						

Inhalt:

Änderung der Allgemeinen Bestimmungen, Punkt 14 der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit im Landkreis Uckermark

Wenn Kosten entstehen:

Kosten €	Produktkonto	Haushaltsjahr	☐ Mittel stehen zur Verfügung
☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung ☐ Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung: €	Deckungsvorschlag:		

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Änderung von Punkt 14 der Allgemeinen Bestimmungen der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit im Landkreis Uckermark ab 01.01.2019 entsprechend der Anlage.

gez. Karina Dörk
Landrätin

gez. Frank Fillbrunn
Dezernent

Begründung:

In den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit im Landkreis Uckermark werden unter den "Allgemeinen Bestimmungen" auch Regelungen zur Vergabe von Lieferungen und Leistungen im Rahmen der Verwendungsnachweisführung ausgewiesen.

Mit der Gesetzesänderung im Vergaberecht wurde die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A) von der neuen Unterschwellenverordnung (UVgO aus 2017) abgelöst.

Aus diesem Grund ist in den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit im Landkreis Uckermark unter der Rubrik "Allgemeine Bestimmungen" der Punkt 14 entsprechend anzupassen.

Danach sind die neuen gesetzlichen Grundlagen, die §§ 12 Absatz 2 und 14 der UVgO 2017 sowie § 30 Absatz 4 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung des Landes Brandenburg (KomHKV) anzuwenden. Diese finden sich nunmehr in der überarbeiteten Version im Punkt 14 der v. g. Richtlinie wieder.

Die Änderung zu Punkt 14 ist in der Anlage dargestellt.

Anlage zur Drucksachen-Nr.: BV/120/2018

Allgemeine Bestimmungen Punkt 14 in der Fassung ab 01.01.2019:

"Bei der Vergabe von Aufträgen über 1.000 EUR (Netto) sind mindestens drei schriftliche Kostenangebote gemäß § 12 Absatz 2 der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO 2017) einzuholen und mit der Verwendungsnachweisführung einzureichen. Entsprechend § 14 der UVgO 2017 können Leistungen bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert von 1.000 EUR ohne Umsatzsteuer unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ohne die Durchführung eines Vergabeverfahrens beschafft werden (Direktauftrag). Der Auftraggeber soll zwischen den beauftragten Unternehmen wechseln.

Demnach kann gemäß § 30 Absatz 4 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) bei Aufträgen bis 1.000 EUR ohne Umsatzsteuer auf einen Vergabevermerk verzichtet werden."